

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Tabea Rößner, Harald Ebner,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/13490 –**

Ländliche Räume als Lebensräume bewahren und zukunftsfähig gestalten

A. Problem

Periphere ländliche Räume stehen laut Darstellung der Antragsteller heute schon vor großen Herausforderungen, um die Daseinsvorsorge für ihre Einwohnerinnen und Einwohner abzusichern. Das Altern der Gesellschaft wird laut der Antragsteller diesen Trend auch in bislang weniger betroffenen Regionen noch verstärken. Darum ist es aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dringend an der Zeit, tragfähige Lösungsansätze zu entwickeln.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/13490 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, durch ein breites Maßnahmenbündel unter anderem ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Bildungsangebot in ländlichen Räumen zu sichern, eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung und Pflege zu gewährleisten, die regionale Produktion und Vermarktung zu stärken und die Standortattraktivität der ländlichen Räume zu sichern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13490 abzulehnen,

Berlin, den 12. Juni 2013

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Willi Brase
Berichterstatter

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Willi Brase, Dr. Edmund Peter Geisen, Alexander Süßmair und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13490** in seiner 240. Sitzung am 16. Mai 2013 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ländliche Räume sind laut Antragsteller nicht nur in ihrem Erscheinungsbild, sondern auch in ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur sehr vielfältig. Zahlreiche prosperierende Regionen zeigen laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beispielhaft, wie vielseitig ländliche Räume als Lebens- und Arbeitsumfeld sein können. Fehlt jedoch die Wirtschaftskraft und verringern sich gesellschaftliche Teilhabechancen, ziehen nach Aussage der Antragsteller vor allem junge Menschen und ganze Familien weg. Es entstehen laut Antragsteller sozial- und infrastrukturelle „Lichtungen“:

Periphere ländliche Räume stehen laut Darstellung der Antragsteller heute schon vor großen Herausforderungen, um die Daseinsvorsorge für ihre Einwohnerinnen und Einwohner abzusichern. Das Altern der Gesellschaft wird laut der Antragsteller diesen Trend auch in bislang weniger betroffenen Regionen noch verstärken. Darum ist es aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dringend an der Zeit, tragfähige Lösungsansätze zu entwickeln.

Die Politik für den ländlichen Raum orientiert sich laut Antragsteller am Verfassungsziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands zu gewährleisten. Gleichwertigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Wohnort. Dafür ist für sie neben der technischen auch das Vorhandensein von sozialer Infrastruktur in Form von Bildung, Kultur und Gesundheitsversorgung unverzichtbar. Bei allen Unterschieden zwischen dem Leben auf dem Land und dem Leben in der Stadt müssen diese Teilhabechancen laut Antragsteller für alle Menschen gewahrt sein.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/13490 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. zur Sicherung eines qualitativ und quantitativ ausreichenden Bildungsangebotes in ländlichen Räumen unter anderem
 - a) gemeinsam mit den Ländern und Kommunen Kindertagesbetreuung mit qualitativ hochwertigen, flexi-

- blen, ganztägigen Betreuungsplätzen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf sicherzustellen,
- b) die Erweiterung von Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren als Regelangebot anzustreben;
2. eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung und Pflege zu gewährleisten und hierzu unter anderem
 - a) wirksame Schritte zur Aufwertung und Kompetenzerweiterung nichtärztlicher Gesundheitsberufe zu ergreifen (z. B. das Recht zur Erkennung und Therapie von bestimmten Erkrankungen sowie zur Überweisung),
 - b) die Lotsen- und Koordinationsfunktion der Primärversorgung im Gesundheitssystem zu stärken;
3. der Regionalwirtschaft das Rückgrat zu stärken, indem unter anderem
 - a) Unternehmensgründungen durch besseren Zugang zu Krediten und bessere Beratung erleichtert werden,
 - b) Forschung beim Mittelstand mit einer Steuergutschrift von 15 Prozent auf Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen gefördert wird;
4. die regionale Produktion und Vermarktung zu stärken durch unter anderem
 - a) die Förderung einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ bei allen Agrarzahlungen,
 - b) die Einführung des Förderschwerpunktes „Modernisierung und Aufbau von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen“ im Rahmen der GAK;
5. die Standortattraktivität der ländlichen Räume zu sichern und unter anderem
 - a) die Städtebauförderung bedarfsgerecht auszustatten und zu verstetigen, um insbesondere über die Programme des Stadtumbaus Schrumpfungsprozesse aktiv zu gestalten,
 - b) die ausufernde Privilegierung von Gebäuden, die nicht zwingend auf den Außenbereich angewiesen sind oder die den Außenbereich entwerten, im Baugesetzbuch zu begrenzen;
6. die kulturelle Produktivität und insbesondere Jugendkulturen zu stärken durch unter anderem
 - a) eine Erhöhung der Mittel für den Fonds Soziokultur,
 - b) die Schaffung eines Bundesprogramm „Jugendkultur Jetzt!“ bei der Kulturstiftung des Bundes;
7. die Verkehrsplanung den laut Antragsteller realen Ansprüchen anzupassen und unter anderem
 - a) nicht mehr benötigte Verkehrsinfrastruktur rückzubauen,
 - b) Finanzmittel vorrangig für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur und, wo notwendig, für kapazitätssteigernde Maßnahmen zu verwenden;

8. die „finanzielle Abwärtsspirale“ der Kommunen zu stoppen und unter anderem
- a) die Mindestfinanzausstattung der Kommunen sowie einen finanzkraftunabhängigen Mehrbelastungsausgleich bei Übertragung oder Ausweitung von Aufgaben zu garantieren,
 - b) die Länder zur vollständigen Weitergabe der Bundesmittel zum Ausgleich zusätzlicher kommunaler Aufgaben an die Kommunen zu verpflichten;
9. bei der Vergabe von Fördermitteln die Verantwortung stärker auf die regionalen Akteure zu übertragen und unter anderem
- a) die vom Europäischen Rat vereinbarten Kürzungen der 2. Säule der Europäischen Agrarpolitik aufzuheben, in dem auf nationaler Ebene die Möglichkeit zur Umschichtung von 15 Prozent der Finanzmittel aus der 1. Säule in die 2. Säule genutzt wird,
 - d) die GAK in eine Gemeinschaftsaufgabe Ländlicher Raum umzuwandeln.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 108. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/13490 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 101. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/13490 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 113. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/13490 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 106. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/13490 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 104. Sitzung am 5. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/13490 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 90. Sitzung am 12. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/13490 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/13490 in seiner 96. Sitzung am 12. Juni 2013 abschließend ohne Debatte beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Willi Brase
Berichterstatter

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin